

**Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses
am Dienstag, dem 02.02.2021, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 12:00 Uhr

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Bestellung eines Schriftführers und Stellvertre- ters	015/2021 4
2.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
3.	Sachstandsbericht zum Neubau eines Verwal- tungsgebäudes in Beckum	016/2021 6
4.	Haushaltsplanberatungen 2021	017/2021 8
5.	Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion zu Klagever- fahren im Bauamt	028/2021 12
<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Erläuterungen zu Klageverfahren im Bauamt	044/2021 13

Anlagen

Anlage 1	Präsentation Neubau Bürogebäude
Anlage 2	Präsentation Amt für Immobilienmanagement HH
Anlage 3	Präsentation Bauamt HH
Anlage 4	Präsentation Umweltamt HH
Anlage 5	Anträge Haushalt 2021
Anlage 6	Antwort Anfrage FWG Fraktion zum Straßenbau
Anlage 7	Präsentation Antrag FWG Klageverfahren Bauamt

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Berkhoff, Henrich	
Claßen, Anne	
Engelbrecht, Arne	
Grobecker, Hubert	
Günnewig, Wolfgang	
Harenkamp, Marc	
Hugenroth, Bernhard	
König, Florian	
Kühnel, Andreas	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Lütke-Verspohl, Timo	
Pomberg, Ralf	
Starke, Dennis	
Tegelkämper, Paul	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
von Ketteler, Friedrich-Carl	
stellv. Ausschussmitglieder	
Thiel, Joachim	Vertretung für Frau Tarnier
v. d. Gentschenfelde, Xenia S.	Vertretung für Herrn Geppert
Gerwing, Theresia	Vertretung für Herrn Kleibolde
von der Verwaltung	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Borgstedt, Hendrik	
Doerr, Julia	
Funke, Stefan, Dr.	
Hackelbusch, André	
Hinrichs, Jens	
Peitz, Sigurd	

Herr Tegelkämper eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Bauausschuss mit Einladung vom 22.01.2021 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Vor Erörterung der Tagesordnung werden die anwesenden sachkundigen Bürger des Bauausschusses gem. § 46 Abs. 3 der Kreisordnung eingeführt und verpflichtet. Der Vorsitzende wünscht dem Bauausschuss eine gute Zusammenarbeit.

I. Öffentlicher Teil**1. Bestellung eines Schriftführers und Stellvertreters****015/2021**

Herr Tegelkämper erläutert die Vorlage. Wortmeldungen ergeben sich keine.

Beschlussvorschlag:

Herr Ltd. KRD Dr. Bleicher wird als Schriftführer für den Bauausschuss bestellt. Er wird vertreten durch die übrigen Dezernenten der Kreisverwaltung Warendorf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Einwohnerin oder Einwohner anwesend sind.

3.	Sachstandsbericht zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes in Beckum	016/2021
-----------	---	-----------------

Nach einer kurzen Vorstellung des Projektes durch Herrn Borgstedt, Amt für Hochbau und Immobilienmanagement, übernimmt Herr Spiekermann (Architekt Dipl.-Ing. Architekten Spiekermann) die weiteren Ausführungen zum Sachstand zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes in Beckum und erläutert eine Kostensteigerung für dieses Bauprojekt anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Im Anschluss an den Vortrag ergeben sich noch einzelne Fragen zum Thema Wärmegewinnung, -speicherung und -versorgung des Gebäudes. Herr Borgstedt erläutert, dass die Wärmeversorgung durch eine Solewärmepumpe erfolgt inkl. 5 bis 7 Bohrungen bis zu einer Tiefe von 100 m. Eine Anbindung an das Heizsystem des Berufskolleg Beckum Hansaring scheidet aus. Zusätzlich sei eine Kühlung der Büroräume mittels einer Kühldecke geplant. Die Geothermie sei hier technisch eingebunden, sodass im Sommer das Erdreich über die Bohrungen temperaturmäßig wieder aufgeladen werden. Die Installation einer Photovoltaikanlage auf Teilen der Flachdächer des Gebäudes sei ebenfalls für das Gebäude zukünftig angedacht.

Auf die Nachfrage von Herrn Engelbrecht (FWG), ob noch mit weiteren Kostensteigerungen bis zur Fertigstellung des Gebäudes zu rechnen sei, kann Herr Spiekermann mitteilen, dass zum aktuellen Planungsfortschritt dies zunächst ausgeschlossen werden könne. Es seien bereits einige Planungsaspekte überarbeitet worden, in denen klassisch Kostensteigerungen möglich wären. Auch auf die Fragen nach dem Bodengutachten und dem Verwenden von alten Daten, führt Herr Spiekermann aus, dass hierzu keine alten Daten zur Verfügung standen und zudem jeder Baugrund spezifisch sei.

Herr Thiel (Bündnis'90/Die Grünen) möchte wissen, ob die Lüftung des Gebäudes auch Coronaviren filtert. Herr Spiekermann erläutert, dass im Gebäude keine klassische Lüftungsanlage geplant sei. Ledigliche einzelne Innenräume ohne Fenster (WC-Anlagen, Technikräume) erhalten nach Aussage von Herrn Borgstedt eine technische Lüftung.

Herr Pomberg (SPD) merkt kritisch an, dass eine ursprüngliche Kostensteigerung auf 4,4 Mio. Euro nicht nachvollziehbar sei. Auch eine Reduzierung auf 3,7 Mio. Euro stelle noch immer eine Steigerung um 500.000 Euro zur Ursprungsplanung dar. Der Tagesordnungspunkt werde der Politik nur zur Kenntnis gegeben, daher sei hier kein direkter Einfluss auf Kostensteigerungen möglich. Ziel der Verwaltung solle eine Kostenminimierung sein, die zugleich auch finanzierbar sei.

Im Anschluss führt Kreiskämmerer Dr. Funke aus, dass er dem Architekten Spiekermann dankbar sei, dass er die Umplanungen vorgenommen habe, um eine Kostensenkung zu erzielen. Er selbst hielt die zwischenzeitlich vorgetragene Kostensteigerung für inakzeptabel.

Herr Spiekermann habe konstruktiv mit dem Kreis eine Umplanung vorgenommen, in Bezug auf eine Kostenoptimierung. Der ursprüngliche Standard soll und kann gehal-

ten werden. Der Bauausschuss wurde im Planungsprozess mit eingebunden. Die Kostensteigerung selbst, werde unter dem Tagesordnungspunkt 4 – Haushaltsplanberatungen 2021 - abgestimmt. (Nachträglicher Hinweis: Die Verwaltung hat den Bauausschuss seit November 2018 insgesamt in sechs Sitzungen über dieses Projekt informiert. Der erste Etatansatz wurde bereits im Haushalt 2018 eingeplant.)

Herr Luster-Haggenev (CDU) erklärt, dass es Ziel sei nachhaltig zu bauen und gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter/innen dort zu schaffen.

Auch Herr Grobecker (Bündnis'90/Die Grünen) ist über die Kostensteigerung überrascht. Eine Kostensteigerung sei nicht unüblich in der Baubranche und müsste eher erkannt werden. In den Räten der Gemeinde würden die Ausschüsse in Bauprojekte anders integriert und er sei dadurch auch die Politik konkreter mit eingebunden.

Daraufhin führt Kreiskämmerer Dr. Funke aus, dass in einem früheren Bauausschuss bestimmt wurde, dass der Vorsitzende des Bauausschusses Mitglied der Jury werde, die über Projekte konkreter entscheidet. Daher sei gesichert, dass die Politik bei großen Bauprojekten involviert sei und Mitspracherecht habe.

Herr Pomberg (SPD) kann diesen Ausführungen nachfolgen und möchte zukünftig auch weiterhin über mögliche Kostensteigerungen schnellstmöglich informiert werden. Richtig sei die Reaktion gewesen, bei der ursprünglichen Kostensteigerung auf 4,4 Mio. Euro die Planungen zunächst zu stoppen.

Auch Herr Luster-Haggenev (CDU) bittet die Verwaltung auf die Kosten bei geplanten Projekten zu achten, da nur bei Zustimmung zum Gesamthaushalt, auch die Kostendeckung gesichert sei.

Herr Tegelkämper ergänzt zum Ende, dass er dem Kreis danke für die schnelle Reaktion auf die Kostensteigerung und hoffe, dass alle Handwerker nun an ihren Zusagen festhalten.

Herr Spiekermann sieht positiv in die Zukunft und freut sich schon auf den Spatenstich für dieses Bauprojekt. Zudem sichert er zu, die Kosten stets im Blick zu behalten.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

4. Haushaltsplanberatungen 2021**017/2021**

Herr Borgstedt, Amt für Hochbau und Immobilienmanagement, stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2) die wichtigsten Eckdaten für seinen Bereich im Haushalt vor. Zum Ende zeigt er noch ergänzend ein paar Bilder zu den Umbauarbeiten im Museum Abtei Liesborn, in Bezug auf das Evangeliar.

Im Anschluss stellt Herr Hinrichs, Amt für Geoinformation und Kataster, die einzelnen Bereiche seines Amtes mit seinen Aufgaben vor und verweist darauf, dass er aktuell auch parallel zu seiner Amtsleitung, noch als Führungskraft im Impfzentrum des Kreises Warendorf eingesetzt sei.

Daraufhin bittet Herr Engelbrecht (FWG) um Mitteilung, wieviele der Mitarbeiter aus dem Katasterwesen für Aufgaben in Bezug auf Corona abgeordnet seien. Zudem möchte er auch wissen, wie der Sachstand beim Einsatz der Drohne in Bezug auf die Liegenschaftsvermessung sei. Ebenfalls merkt er an, dass die Gebühren für Vermessungen gestiegen wären, jedoch diese Mehreinnahmen im Haushaltsplan nicht ersichtlich seien. Als letzte Frage bittet er noch um Beantwortung, warum die Erledigung einer Teilungsvermessung beim Kreis Warendorf bis zu 10 Wochen dauern würde. Da seien andere Behörden deutlich schneller und dies sei zudem auch aus Finanzierungsgründen nicht unwichtig für die Bauherren.

Auf den Bereich der Gebühren äußert Herr Hinrichs, dass der Ansatz vom Vorjahr übernommen worden sei, da die Gebühren auch von den tatsächlich erfolgten Vermessungen abhängen und eine Schätzung im Voraus schwierig sei. Die Erledigungszeiten bei Teilungsvermessungen, sind zum Teil, laut Herr Hinrichs, die Folge von dem in 2000 bestimmten Personalabbau und den dazukommenden Schwierigkeiten der Personalgewinnung. Jedoch konnten Teilungsvermessungen im letzten Jahr, sogar teilweise innerhalb von zwei bis maximal acht Wochen fortgeführt werden, wenn sie nicht zu beanstanden seien. Dies sei eine Corona-Folge, da Mitarbeiter weniger Urlaub genommen hätten. In Bezug auf Corona seien bislang ca. 6 bis 7 Mitarbeiter für Aufgaben abgeordnet worden. In Teilen haben diese jedoch auch weiterhin ihr eigentlichen Aufgaben wahrgenommen, die Mitarbeiter zur Fortführung von Teilungsvermessungen wurde bewusst weniger einbezogen. Erfreulich konnte Herr Hinrichs mitteilen, dass die Erfahrungen in der Arbeit mit der Drohne für die Bereiche Hochbau und Umwelt als gut zu bewerten seien. In der Liegenschaftsvermessung rechne man in ca. 2-3 Jahren mit einem Einsatz von Drohnen.

Herr Peitz, Bauamt, verweist zunächst auf den Infobrief als Tischvorlage und die vorliegenden Entwürfe der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes. Darauf folgend, stellt er an Hand von Folien die wirkungsorientierten Kennzahlen aus 2020 vor (Anlage 3). Bisher hat die Pandemie keinen Rückgang an Bauanträgen verursacht. Aktuell hänge die Zahl an Bauanträgen eher von der Verfügbarkeit von Bauland ab. Durch erschlossene Neubaugebiete, ist die Anzahl an Wohnungsbauvorhaben in 2020 gegenüber 2019 wieder deutlich angestiegen.

Daran anschließend stellt Herr Hackelbusch, Amt für Umweltschutz und Straßenbau, mit Hilfe einer Präsentation (Anlage 4) ausgewählte Zahlen für den Haushalt 2021

vor. Corona hat in 2020 einige Extragelder für den Kreis Warendorf gebracht, die es nun durch passende Maßnahmen in 2021 gezielt einzusetzen gilt.

Nachfolgend werden die Anträge zum Haushalt 2021 abgestimmt (Anlage 5).

Zunächst wird die Antwort auf die Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion verlesen (Anlage 6).

Zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf die Entschärfung der Kreuzung K 21/L 671 Mersch erläutert Herr Hackelbusch, dass der Kreuzungsbereich bereits durch die Unfallkommission in der Vergangenheit besichtigt worden sei und seit 2014 eine Zusage des Landesbetriebes für eine Lichtsignalanlage vorläge. Zuständig für diese Kreuzung ist der Landesbetrieb StraßenNRW. Sollte der Kreis diese nun selbst umsetzen wollen (einseitige Veranlassung), so sei davon auszugehen, dass dieser auch alleinig die Kosten zu tragen hätte. Da in der 8. KW die Unfallkommission die Kreuzung erneut begutachten werde, wird der Kreis den Landesbetrieb an die Zusage aus 2014 erinnern.

Herr Pomberg (SPD) dankt dem Kreis für dieses Vorgehen und wollte mit dem Antrag den Handlungsbedarf an der Stelle unterstreichen. Der Antrag wird zugleich zurückgenommen.

Im Anschluss erfragt Herr Engelbrecht (FWG), warum bei Sanierungen, wie beispielsweise an der K 20, in der auch die Fahrbahn verbreitert wurde, nicht mehr Raum für Rad- und Fußverkehr geschaffen wurde. Herr Hackelbusch führt an, dass die Grunderneuerung dieser Strecke zwingend erforderlich gewesen und dort von 5,50 m auf 6 m eine Verbreiterung der Verkehrsfläche erfolgt sei, um den Begegnungsverkehr zu erleichtern. Die Baumaßnahme konnte so erfolgen, da hierfür kein weiterer Grunderwerb erforderlich geworden sei. Für die Einrichtung eines gesonderten Bereiches für den Rad- und Fußverkehr wäre Grunderwerb erforderlich geworden.

Herr Thiel (Bündnis'90/Die Grünen) schätzt die Bemühungen zur Verkehrsverbesserung, wünscht sich jedoch, dass der Radverkehr nicht immer nachrangig ggü. dem motorisierten Individualverkehr bei den Planungen behandelt werde. Herr Hackelbusch ergänzt, dass die Mühen für alle Verkehrsteilnehmer ausgewogen berücksichtigt würden und er für konstruktive Lösungen immer dankbar sei. Neue Flächen seien häufig der Knackpunkt der Realisierbarkeit. Dies bestätigt Herr Luster-Haggeney (CDU). In der Vergangenheit sei schon viel für den Radverkehr getan worden und auch weiterhin sei die Verwaltung sehr bemüht hier weitere Projekte zu realisieren. Verwiesen wird hierzu auf das Radverkehrskonzept und die Folien aus der Präsentation.

Zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion einen eigenen Produktbereich Radwege einzuführen erläutert Herr Hackelbusch, dass die bisherigen Produkte die Verwaltungsstruktur des Amtes für Umweltschutz und Straßenbau widerspiegeln. Vorschlag der Verwaltung wäre hier, unterjährig im Ausschuss über den aktuellen Sachstand an Radwegeprojekten im Ausschuss zu berichten.

Herr Luster-Haggeney (CDU) merkt an, dass Straßen und Radwege zusammenge-

hörten. Der Radverkehr stehe im Fokus und er könne dem Vorschlag der Verwaltung folgen und befürworte nicht die Einführung eines separaten Produktes für Radwege.

Im Anschluss ergänzt Herr Pomberg (SPD), dass die Verwaltung mit ihrem Vorschlag den Hintergrund des Antrages erkannt habe. Der Kreis solle den Antrag als Auftrag sehen sich auch mit Nachbarkreisen in den Projekten abzustimmen, um mögliche Synergien auszuschöpfen. Der Antrag wird daraufhin zurückgenommen.

Kreiskämmerer Dr. Funke ergänzt, dass das Thema Radwege zukünftig im Vorbericht zum Haushalt mit aufgenommen werden könne und plane es für den nächsten Haushalt mit ein.

Darauf erfolgt eine kurze Antwort Seitens Herrn Hackelbusch zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion Sanierung von Radwegeschäden an Kreisstraßen. Herr Pomberg (SPD) kann diesen Ausführungen folgen und nimmt auch diesen Antrag zurück.

Als letztes erfolgt die Beratung des Antrages der Kreistagsfraktion Bündnis'90/Die Grünen zur Priorisierung des Rad- und Fußverkehr im Kreis Warendorf, der auf Bitten von Herrn Hackelbusch durch Herrn Harenkamp (Bündnis'90/Die Grünen) selbst erläutert wird. Die Fraktion wünsche die Priorität auf den Radverkehr zu legen und somit auf Augenhöhe mit dem motorisierten Individualverkehr. Es sollen mehr Verknüpfungen erfolgen, wenn Baumaßnahmen an Kreisstraßen angestrebt würden.

Herr Hackelbusch merkt an, dass alle Baumaßnahmen an Förderprojekte gebunden und somit ein Verschieben in der Umsetzung nur schwer möglich sei. Zudem liege die Verkehrssicherungspflicht für die Kreisstraßen beim Kreis und diese sei hauptsächlich der Grund für die Sanierungen. Die Verwaltung sei gewillt, viele Konzepte für den Radverkehr umzusetzen und bestrebe den freihändigen Erwerb von dafür benötigten Flächen. Bei neuen Maßnahmen werde immer auch geprüft, ob sich auch Radwege realisieren ließen.

Daraufhin merkt Herr Thiel (Bündnis'90/Die Grünen) an, dass er sich über diese Art der Bemühungen freue. Der Antrag unterstütze dies und plädiert für eine Antragsannahme Seitens des Ausschusses.

Herr Luster-Haggeney (CDU) kann dem Antrag selbst nicht folgen. Eine generelle Prüfung der Machbarkeit sei sinnvoll, dürfe jedoch die notwendige Bautätigkeit nicht hemmen. Er appelliere an die Politik, selbst vor Ort tätig zu werden, um die Verwaltung beim Grunderwerb für den Radwegesbau zu unterstützen. Eine Enteignung im Rahmen von Planfeststellungsverfahren sei hier nicht zielführend und auch nicht gewollt.

Auch Herr Tegelkämper (CDU) kann dieses nur unterstreichen. Dort wo Bürger hinter einem Projekt stünden, sei bislang immer durch den Kreis unterstützt worden.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Weitere Fragen zum Haushalt und zu den vorgelegten Änderungslisten zum Ergebnis- sowie Finanzhaushalt bestehen nicht.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2021 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2021-2024 wird, soweit eine Zuständigkeit des Bauausschusses gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 11 Nein 3 Enthaltung 5

5.	Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion zu Klageverfahren im Bauamt	028/2021
-----------	--	-----------------

Herr Peitz, Bauamt, erläutert die Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion zum aktuellen Stand der Klageverfahren gegen die Bauverwaltung des Kreises Warendorf. Demnach werden derzeit 29 Klageverfahren gegen das Bauamt des Kreises Warendorf geführt. Zudem ergänzt er, dass die Anzahl der Klagen auch durch die Kennzahlen im Haushalt abgebildet ist. Die Kosten bei den Klagen hingen zuletzt mit erforderlichen Beauftragung von Fachanwälten zusammen da eine Vertretung des Kreises durch das Rechtsamt vorübergehend nicht vollständig abgedeckt werden konnte und im Bauamt selbst kein Jurist arbeitet. Eine Steuerung bei der Anzahl der Klagen sei nicht möglich, da alle Betroffene nach eigener Entscheidung Rechtsmittel einlegen können. Jedoch sei über die letzten Jahre auch ein Rückgang der Klagefälle festzustellen. Ergänzend stellt Herr Peitz einige Zahlen anhand von einer Präsentation vor (Anlage 7), an Hand der er die unterschiedlichen Rollen einer Bauaufsicht im Verhältnis zu Bauherren, Nachbarn oder Ordnungspflichtigen erläutert. Bei Anfragen an die Politik bittet er diese Rollen- und Interessenvielfalt zu berücksichtigen.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Vorsitzende um 12.00 Uhr die Sitzung.

Paul Tegelkämper
Vorsitz

Dr. Herbert Bleicher
Schriftführer